



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Anke Rodewald
Telefon:	02104/99-2157
Fax:	02104/99-5103
E-Mail:	anke.rodewald@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 05.03.2010

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 22.02.2010, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Michael Pätzold

Mitglieder

Wolfgang Diedrich

Hans-Peter Kaiser

Andreas Kanschäp

Dr. Uwe Koppe

Wilma Langer

David A. Lungen

Ulrike Mannheim

Reinhard Ockel

Meinolf Oexmann

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Hedy Scholz

Margret Stolz

Elke Thiele

Christine Trube

Peter Vahlsing

Annegret Verbeek

Verwaltung

Doris Abel

Michael Beitelmann

Daniela Hitzemann

Ulrike Gansauer

Rainer Krause
Sandra Kürten
Andrea Pannen
Klaus Przybilla
Christian Raabe
Martin M. Richter
Anke Rodewald
Thorsten Schmitz
Christian Schölzel
Renate Theis
Manfred Vollmer

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.11.2009
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus der ARGE ME-aktiv 50/003/2010
5. Versorgungsverwaltung - Jahresbericht 2009 57/001/2010
6. Neuorganisation des SGB II - Wahrnehmung der Optionsmöglichkeit i. S. des § 6a SGB II 50/004/2010
7. Information über das Wohn- und Teilhabegesetz 50/002/2010
8. Projekt ALTERNativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann - Abschlussbericht 50/001/2010
9. Nachträge
- 9.1. Umstrukturierung der Fachstelle Frau und Beruf
10. Haushalt 2010 20/005/2010

Nicht öffentlicher Teil

11. Informationen der Verwaltung
12. Informationen aus der ARGE ME-aktiv
13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Kreisdirektor Richter bittet, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Umstrukturierung der Fachstelle Frau und Beruf“ zu erweitern.

Der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen und die Tagesordnung festgestellt.

Als Berichterstatter zu dem Tagesordnungspunkt 6 „Neuorganisation des SGB II - Wahrnehmung der Optionsmöglichkeit i. S. des § 6a SGB II“ für den Kreistag wird Herr Pätzold benannt. Für den Tagesordnungspunkt 8 „Projekt ALTERnativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann – Abschlussbericht“ wird Frau Stolz dem Kreistag berichten.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.11.2009

Die Niederschrift über die Sitzung vom 26.11.2009 wird einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Pflegestützpunkte im Kreis Mettmann

Mit der AOK Rheinland/Hamburg soll ein Pflegestützpunkt eingerichtet werden, der in den kreisangehörigen Städten gemeinsam mit der kommunalen Pflege- und Wohnberatung vorgehalten werden soll. Eine diesbezügliche Rückmeldung des Ministeriums liegt noch nicht vor. Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, dem Ausschuss über die weitere Entwicklung zu berichten.

Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann gGmbH

Herr Kreisdirektor Richter berichtet über den aktuellen Sachstand. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der **Anlage 1**.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 4: Informationen aus der ARGE ME-aktiv

- Vorlage Nr. 50/003/2010

Der Geschäftsführer der ARGE ME-aktiv erläutert die der Vorlage beigefügte Powerpointpräsentation und unterstreicht die gute Leistungsfähigkeit der ARGE ME-aktiv trotz der politischen Unsicherheit. Ferner weist er auf aktuelle Rechtsprechungen hin.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung der ARGE ME-aktiv zur Kenntnis.

**Zu Punkt 5: Versorgungsverwaltung - Jahresbericht 2009
- Vorlage Nr. 57/001/2010**

Herr Ockel und Frau Stolz loben die gute Arbeit der Versorgungsverwaltung und sprechen für die Erledigung der Aufgaben ihren Dank aus.

Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass mehrere Kommunen den Verfassungsgerichtshof u. a. wegen der Verletzung des Konnexitätsprinzips angerufen haben. Ein entsprechendes Urteil wird am 23.03.2010 erwartet.

Im Hinblick auf die nunmehr gesetzlich festgelegte Zuständigkeit der Bezirksregierung Münster für die Widerspruchssachbearbeitung bittet Herr Schnitzler um eine Aufbereitung von Zahlen und Erfolgen bezüglich der eingelegten Widersprüche und eingereichten Klagen. Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, diese Ausarbeitung dem Protokoll beizufügen (siehe **Anlage 2**).

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 6: Neuorganisation des SGB II - Wahrnehmung der Optionsmöglichkeit i.
S. des § 6a SGB II
- Vorlage Nr. 50/004/2010**

Herr Kreisdirektor Richter erläutert zunächst, dass die Vorlage zu einem Zeitpunkt erstellt wurde, als sich die Bundesagentur, die Sozialdezernenten und die Kreisarbeitsgruppe praktisch ausschließlich mit der getrennten Aufgabenwahrnehmung befasst haben. Der Bund hatte zum Jahresende 2009 sog. Eckpunkte für die künftige Aufgabenerledigung veröffentlicht. Seinerzeit wurde von allen Seiten die Möglichkeit zu optieren als sehr gering eingeschätzt.

Er berichtet ausführlich über den aktuellen Sachstand der Bundespolitik und zeigt das Für und Wider der unterschiedlichen Alternativen der Neuorganisation des SGB II auf, soweit zum jetzigen Zeitpunkt absehbar. Insbesondere erläutert Herr Kreisdirektor Richter inwieweit die bislang absehbaren Risiken mit der Option verbunden sind. Falls die durch den Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen stimmen, spricht er sich für die Wahrnehmung der Optionsmöglichkeit aus.

Im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen schlägt Herr Kreisdirektor Richter vor, die Beschlussfassung zunächst zurück zu stellen, bis eine bundesgesetzliche Regelung absehbar ist und somit eine konkrete Aufbereitung der ursprünglichen Vorlage mit Darstellung der Gestaltungsmöglichkeiten und zitierfesten Zahlen erfolgen kann.

Herr Kaiser bittet, in der veränderten Vorlage ebenfalls auf die inhaltlichen Vorteile der Option einzugehen und die Erfolge der Arbeit in den 69 Optionskommunen darzustellen, damit eine sachliche Entscheidung möglich ist.

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

**Zu Punkt 7: Information über das Wohn- und Teilhabegesetz
- Vorlage Nr. 50/002/2010**

Der Ausschuss erteilt der Verwaltung den Auftrag, die Einhaltung der Qualitätsstandards weiterhin intensiv zu prüfen. Ein möglicher personeller Mehrbedarf in dem Fachbereich „Heimaufsicht“ soll – falls erforderlich – im Sozialausschuss vorgestellt werden.

Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, den Sozialausschuss bei Bedarf entsprechend einzubinden und weiterhin über die Arbeit der Heimaufsicht zu berichten.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**Zu Punkt 8: Projekt ALTERNativen 60plus - Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann - Abschlussbericht
- Vorlage Nr. 50/001/2010**

Die Fraktionen würdigen den Abschlussbericht als hervorragendes Ausgangsprodukt für die künftige Seniorenpolitik im Kreis Mettmann und sprechen für die geleistete Arbeit ihren Dank aus.

Frau Stolz erläutert den verteilten Ergänzungsantrag (siehe **Anlage 3**). Ein besonders wichtiges Anliegen ist die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit – nicht nur in Bezug auf den Internetauftritt, sondern auch im Rahmen von frei zugänglichen Medien des Kreises.

Nach reger Diskussion wird vereinbart, den Ergänzungsantrag dahingehend zu modifizieren, dass die laufenden Ziffern 1. und 2. zusammengefasst werden mit dem Wortlaut „Es wird beantragt, die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt zu intensivieren, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises“.

Im Hinblick auf die Begegnungsstätten kündigt Herr Kreisdirektor Richter an, die neuen Förderrichtlinien für Seniorentreffs in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses im Rahmen einer Vorlage vorzustellen.

In diesem Zusammenhang äußert Herr Schnitzler den Wunsch, zukünftig noch stärker in die Entwicklung neuer Richtlinien mit eingebunden zu werden.

Herr Schnitzler bittet ferner, die Beschlussformulierung „... die im Abschlussbericht dargestellten...“ um die Worte **unter Punkt 7** zu erweitern.

Frau Mannheim berichtet davon, dass – insbesondere in Heiligenhaus – immer mehr Heimplätze errichtet werden, was dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ entgegensteht. Herr Kreisdirektor Richter erläutert, dass stationäre Pflegeeinrichtungen ohne Prüfung eines tatsächlichen Bedarfs von Investoren errichtet werden können. Lediglich im Rahmen baurechtlicher Prüfungen wäre hier seitens der kreisangehörigen Städte eine Einflussmöglichkeit gegeben. Es wird vorgeschlagen, den Beschlussvorschlag zu ergänzen und der Verwaltung einen Auftrag zu erteilen, die Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Überkapazitäten in stationären Betreuungseinrichtungen zu verhindern.

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschussvorsitzende lässt daraufhin über folgende Beschlüsse abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die im Abschlussbericht unter Punkt 7 dargestellten weiteren Schritte zur Ambulantisierung der Hilfe zur Pflege einzuleiten, insbesondere

- Die Arbeit für Menschen mit demenziellen Erkrankungen durch Kooperation fortzuführen
- Eine Verbesserung der Wohnsituation im häuslichen Umfeld durch geeignete Maßnahmen, auch in Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften anzustreben
- Die Schaffung weiterer Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen zu ermöglichen
- Das bürgerschaftliche Engagement im Kreis Mettmann weiter zu stärken
- Komplementären Diensten, die älteren Menschen den Verbleib in der Häuslichkeit erleichtern, mehr Geltung verschaffen
- Maßnahmen zu ergreifen und Initiativen zu stärken, die der Vereinsamung älterer Menschen entgegen wirken
- Die Neuausrichtung der Begegnungsstättenarbeit aktiv begleiten, kontrollieren und regelmäßig evaluieren

Ziel der Maßnahmen ist es, dazu beizutragen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen möglichst lange zufrieden in ihrem bisherigen Wohnumfeld verweilen und dadurch die zu erwartenden Kostensteigerungen im Bereich der stationären Pflege und des Pflegewohngeldes reduziert werden können.

- Es wird beantragt die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf das Projekt zu intensivieren, beispielsweise durch den verbesserten Zugang zum Internetauftritt und weitere, frei zugängliche Medien des Kreises.
- Die Einrichtung einer Beratungshotline soll weiter geprüft werden. Es wird als Muster auf die Hotline des Kreises Neuss verweisen.
- Die unterschiedliche Beratungsqualität der Pflege-Wohnberatung in den einzelnen Städten soll überprüft werden. Die Qualität und Wartezeit ist sehr unterschiedlich. Kommunen, die kein gutes Angebot bereithalten, sollten entsprechend beraten werden.
- Es sollte weiterhin geprüft werden, ob Maßnahmen erforderlich sind, die eine dauerhafte Heimeinweisung alleinlebender alter Menschen nach Krankenhausaufenthalten und nachfolgender zeitweiser Hilflosigkeit unterbinden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zu nutzen, um weitere Überkapazitäten in stationären Betreuungseinrichtungen zu verhindern. Hierzu sollen Gespräche mit den kreisangehörigen Städten, Investoren und beteiligten Dritten geführt werden. Auf die finanziellen Auswirkungen weiterer Überkapazitäten für den Kreishaushalt und die städtischen Haushalte sowie etwaige Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung soll hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9: Nachträge

Zu Punkt 9.1: Umstrukturierung der Fachstelle Frau und Beruf

Herr Kreisdirektor Richter informiert über ein Schreiben der Gleichstellungsstellen des Kreises und betont, dass die Kreisverwaltung lediglich eine Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung vornimmt und nicht die Einstellung der Tätigkeiten. Ab 01.05.2010 soll der Aufgabenbereich „Mädchenmerker/Girls day“ von der Gleichstellungsstelle des Kreises Mettmann wahrgenommen werden. Der Bereich „Unternehmerinnenbrief“ und „Existenzgründungsberatung“ wird zukünftig im Bereich der Wirtschaftsförderung angesiedelt sein. Herr Kreisdirektor Richter unterstreicht, dass im Rahmen der Wirtschaftsförderung auch eine geschlechterspezifische Förderung vorgehalten werden wird.

Er sagt zu, ca. ein halbes Jahr nach der Umorganisation eine Evaluation über die Durchführung der Tätigkeiten der Politik darzulegen.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 10: Haushalt 2010 - Vorlage Nr. 20/005/2010

zu Produkt 03.05.01 (BAföG-Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.01.01 (Beratung und Leistung bei Behinderung)

Herr Kreisdirektor Richter berichtet von einem Antrag der Aktionsgemeinschaft für Behinderte in Ratingen e.V., die Teilnahme am Fahrdienst für Behinderte auch für blinde Personen zu ermöglichen. Im Hinblick darauf, dass mit dem Merkmal „BL“ im Schwerbehindertenausweis neben der eigenen kostenlosen Nutzung des ÖPNV auch die eines Begleiters verbunden ist und mit Blick auf das Angebot des Begleitservices der Rheinbahn in Ratingen und das zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile durch den Landschaftsverband Rheinland gewährte Blindengeld empfiehlt er, den Haushaltsansatz nicht zu verändern. Die Notwendigkeit der Veränderung des Haushaltsansatzes wird seitens der Ausschussmitglieder nicht gesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.01.02 (Förderung der Altenhilfe)

Hierzu liegt ein Haushaltsveränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor:

Neuaufbau eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) für Senioren beim Kreis

Herr Kaiser erläutert den Antrag und betont die Wichtigkeit von Vorinstanzen, um Pflegebedürftigkeit zu verzögern und Heimaufnahmen zu vermeiden. Aufgrund der unterschiedlichen Aufstellung des Sozialen Dienstes in den kreisangehörigen Städten kann nicht kreisweit der gleiche Standard vorgehalten werden. Er sieht daher den Bedarf, einen Sozialdienst für Senioren bei der Kreisverwaltung.

Herr Kreisdirektor Richter führt aus, dass derzeit in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten ein Konzept entwickelt wird, welches kreisweit einheitliche verbesserte Qualitätsstandards der bei den Städten angebundenen Pflege-Wohnberatung zum Inhalt hat und verweist ferner auf die im Rahmen des Projektes ALTERnativen 60plus eingeleiteten Maßnahmen zur Ambulantisierung der Pflege.

Abstimmung über den Antrag „Neuaufbau eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) für Senioren beim Kreis“

Die Verwaltung wird beauftragt, erneut einen Spezialdienst für Senioren bei der Kreisverwaltung als mobile Arbeitsgruppe aufzubauen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme DIE LINKE
7 Nein-Stimmen CDU
4 Nein-Stimmen SPD
2 Nein-Stimmen FDP
1 Enthaltung UWG-ME

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.01.02:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU
4 Ja-Stimmen SPD
2 Ja-Stimmen FDP
1 Ja-Stimme DIE LINKE
1 Ja-Stimme UWG-ME
2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Produkt 05.01.03 (Heimaufsicht)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.02.01 (Leistungen zum Lebensunterhalt)

Hierzu liegt ein Haushaltsveränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor:

Wiedereingliederung für die Ausgegrenzten

Ursprünglich war dieser Antrag dem Produkt 05.02.05 zugeordnet. Da hier jedoch nicht die Personengruppe der dauerhaft erwerbsgeminderten Personen angesprochen wird, erfolgt die Beratung unter dem Produkt 05.02.01 – Leistungen zum Lebensunterhalt.

Herr Kaiser erläutert den Antrag.

Herr Kreisdirektor Richter verweist auf das Organisationsrecht des Landrates und führt aus, dass der Aufgabenbereich der Aktivierung nach § 11 Sozialgesetzbuch XII 2009 im Rahmen der Heranziehungssatzung durch Übertragung der Zuständigkeit auf die kreisangehörigen Städte von dort wahrgenommen wird. Es wird insbesondere der Personenkreis mit geringem bzw. ausgesprochen eingeschränktem Erwerbspotential und höherem Betreuungspotential unterstützt und gefördert. Eine Ausgrenzung dieser Personengruppe ist nicht erkennbar. Die Erforderlichkeit einer Einrichtung einer Arbeitsgruppe wird nicht gesehen.

Abstimmung über den Antrag „Wiedereingliederung für die Ausgegrenzten“:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Kreis eine mobile Arbeitsgruppe aufzubauen, die in Zusammenarbeit mit den Grundsicherungsämtern in den kreisangehörigen Städten die in die ARGE Rückkehrwilligen und –fähigen mit entsprechenden Angeboten so fit zu machen, dass sie nicht weiter ausgegrenzt bleiben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

7 Nein-Stimmen CDU
4 Nein-Stimmen SPD
2 Nein-Stimme FDP
1 Nein-Stimme DIE LINKE
1 Nein-Stimme UWG-ME

Abstimmung über das Gesamtprodukt 05.02.01:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU
4 Ja-Stimmen SPD
2 Ja-Stimmen FDP
1 Ja-Stimme DIE LINKE
1 Ja-Stimme UWG-ME
2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Produkt 05.02.03 (Hilfe bei Pflegebedürftigkeit)

Frau Stolz bemängelt die Intransparenz der aufgeführten Ansätze. Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass das Problem der Kämmerei bekannt sei und eine Lösung angestrebt werde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Zu Produkt 05.02.04 (Krankenhilfe, sonst. Leistungen in besonderen Lebenslagen)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.02.05 (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.03.01 (Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU
4 Ja-Stimmen SPD
2 Ja-Stimmen FDP
2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme UWG-ME
1 Nein-Stimme DIE LINKE

zu Produkt 05.04.03 (sonstige soziale Hilfen und Leistungen)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU
4 Ja-Stimmen SPD
2 Ja-Stimmen FDP
2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Ja-Stimme UWG-ME
1 Nein-Stimme DIE LINKE

zu Produkt 05.04.04 (Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege)

Hierzu liegt ein Haushaltsveränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor:

Extra-Förderung migrantenspezifischer Pflegedienstleistungen

Herr Kaiser erläutert den Antrag und führt aus, dass kein Gremium zu Erfahrungsaustausch vorhanden ist. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher für einen begrenzten Zeitraum die finanzielle Unterstützung von speziellen Pflegediensten bzw. von migrationsspezifischen Abteilungen bei den vorhandenen Pflegediensten.

Herr Kreisdirektor Richter berichtet, dass er die Wohlfahrtsverbände auch diesbezüglich zweimal jährlich einlädt. Ferner sei ihm bekannt, dass die Pflegedienste durchaus miteinander kommunizieren und verweist auf das Fachseminar für Altenpflege im Kreis Mettmann, welches Aspekte der interkulturellen Pflege und die Vermittlung interkultureller Kompetenz in seine Schulungsinhalte mit einbezogen hat.

Frau Verbeek bestätigt, dass die kultursensible Altenhilfe bereits praktiziert wird und verweist auf eine entsprechende Veranstaltung „Health Bridges Across The Bosphorus 3“ in der Zeit vom 13. bis 17.05.2010, zu welcher sie herzlich einlädt. Das vorläufige Programm sowie weiterführende Informationen sind in dem als **Anlage 4** beigefügten Flyer nachzulesen.

Der Antrag wird zurück gezogen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU

4 Ja-Stimmen SPD

2 Ja-Stimmen FDP

1 Ja-Stimme UWG-ME

2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Enthaltung DIE LINKE

zu Produkt 05.04.05 (Betreuungsleistungen)

Herr Kaiser berichtet von einem aktuellen Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach Betreuungsverbände keine Mehrwertsteuer mehr zu zahlen hätten und fragt, ob dieses Urteil bereits in den Haushaltsansatz mit eingeflossen ist oder man hier den Ansatz inkl. der bisherigen 7 % Mehrwertsteuer bemessen hat.

Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, dies zu prüfen.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes ist hier bekannt. Der Fortfall des bereits reduzierten Mehrwertsteuerersatzes für Betreuungsleistungen bei Vereinen erfordert keine Änderung der bestehenden Vereinbarung, da dieser Fortfall durch Kostensteigerungen kompensiert wurde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU

4 Ja-Stimmen SPD

2 Ja-Stimmen FDP

1 Ja-Stimme UWG-ME

2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Nein-Stimme DIE LINKE

zu Produkt 05.04.07 (Integration)

Hierzu liegt ein Haushaltsveränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Herr Kaiser erläutert den Antrag. Um eine möglichst hohe Gleichbehandlung für alle im Kreis Lebenden zu erreichen, fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher, die unterschiedlichen sprachlichen, kulturellen und mentalitätsmäßigen Besonderheiten wertzuschätzen und diese migrationsspezifischen Kenntnisse bei jeder Neueinstellung, insbesondere bei den Auszubildenden besonders zu berücksichtigen und diesen Bewerberinnen und Bewerbern bei gleicher Eignung den Vorzug zu geben, solange bis die Quote der Beschäftigten der der Bevölkerung entspricht.

Herr Kreisdirektor Richter verweist auf das „Rahmenkonzept der Kreisverwaltung Mettmann zur Ergänzung der Integrationsarbeit der kreisangehörigen Städte“, in welchem ausdrücklich die Berücksichtigung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Zuwanderungsgeschichte bei der Personalauswahl zugesichert wird. Er weist ferner darauf hin, dass unter dem Auswahlkriterium „Eignung“ die Mehrsprachigkeit dieser Personengruppe einen Vorteil darstellen kann, welcher je nach Stellenprofil bei der Personalauswahl durchaus berücksichtigt wird.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.04.08 (Kreisentwicklung und Sozialplanung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 05.04.09 (Kommunale Versorgungsverwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu Produkt 06.02.01 (Leistungen zur Förderung von Familien)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2010 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU

4 Ja-Stimmen SPD

2 Ja-Stimmen FDP

2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Enthaltung DIE LINKE

1 Enthaltung UWG-ME

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:38 Uhr

gez.
Michael Pätzold

gez.
Anke Rodewald